Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268. — **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 2,00 M. Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegbeförderung 40 Pf.

Nr. 222 — Dresden, Donnerstag den 22. September 1921 — 32. Jahrg.

Das Ergebnis von Jena

Die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat gehalten, was man von ihr erwartet hat. In Jena wurde nicht nur der Wille zur Einigung von Sozialdemokraten wie von Unabhängigen betont, alle Beschlüsse des Verbandstages wurden von diesem Bestreben getragen und man kann heute nach Beendigung der Jenaer Tagung sagen, daß die Mehrheit der Delegierten der deutschen Metallarbeiterschaft der ganzen Arbeiterbewegung einen wichtigen Dienst geleistet hat.

Die Kämpfe um die Macht in der größten Gewerkschaft waren überaus heftig, hinter den Kulissen aber ganz besonders hart. Hüben und drüben gab es Leute, die kein Kompromiß wollten, die glaubten, nicht nachgeben zu können, sondern die volle Macht ausnutzen zu müssen. Aber glücklicherweise hat im Laufe der Tagungen eine weise Mäßigung die Oberhand gewonnen und den Metallarbeiterverband vor einer großen Gefahr bewahrt. Das Ergebnis ist eine Erweiterung des Vorstandes und vor allen Dingen die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in ihm. Mancher wird mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein und glauben, daß unsre Parteigenossen auf Grund ihrer überragenden Stärke einen größeren Einfluß auf die Geschicke des Verbandes hätten erhalten müssen. Diese Meinung ist keineswegs falsch. Aber es waren politische Rücksichten zu nehmen, Rücksichten auf die Einigungsbestrebungen, die in der politischen Arbeiterbewegung vorhanden sind, und die durch eine Machtprobe unsrer Genossen in Jena sehr ungünstig beeinflußt worden wären.

Die Sozialdemokratie hat wie überall, so auch in Jena gezeigt, daß sie bereit ist, die schwersten Opfer zu bringen, wenn es gilt, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu erhalten oder wiederherzustellen. Allen Eingeweihten war es bekannt, daß, wenn unsre Genossen nicht die bisherigen unabhängigen Verbandsmitglieder akzeptiert hätten, die U. S. P. sich überhaupt um keinen Posten im Hauptvorstand beworben und die Arbeit und Verantwortung unsern Genossen überlassen hätte. Es erhob sich nun die Frage, ob die S. P. D. wirklich die Macht besitze, diesen Verband allein zu leiten und die vereinigte Opposition, aus Unabhängigen und Kommunisten bestehend, abwehren zu können. Diese Frage muß von jedem, auch von dem, der zur Macht unsrer Partei das stärkste Vertrauen hat, verneint werden. Unter einem rein sozialdemokratischen Verbandsvorstand wäre unsre führende Gewerkschaft keine Stunde zur Ruhe gekommen und statt des heißersehnten Aufstiegs hätte wir weitere Zertrümmerung und weitere Schwächung der Arbeiterbewegung erlebt. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird das Entgegenkommen unsrer Parteigenossen in Jena von allen Freunden einer geschlossenen Gewerkschaftsbewegung freudig begrüßt werden.

Dieser Zusammenschluß der Unabhängigen mit unsern Genossen hat seinen Niederschlag gefunden in der gemeinsamen Resolution zum Vorstandsbericht und in der Verurteilung der Vorstandspolitik gegenüber den Kommunisten. Entgegen dem Verbandsausschuß hat der Verbandstag den durch den Vorstand vollzogenen Ausschluß der Kommunisten, die an der Reichskonferenz der Metallarbeiter teilgenommen haben, gutgeheißen. Damit ist auch in der größten und ehemals radikalsten Gewerkschaft endlich eine reine Scheidung zwischen Amsterdam und Moskau erfolgt. Wohl werden sich noch des öfteren Meinungsverschiedenheiten zwischen U. S. P. D. und S. P. D. ergeben, aber praktisch ist im Metallarbeiterverband die Einigung vollzogen, man wird in allen großen Fragen geschlossen handeln, man wird mit vereinter Kraft den Kampf führen gegen die Unternehmer auf der einen und ihre Moskauer Helfershelfer auf der andern Seite.

Dieses Resultat von Jena erfüllt uns mit der frohen Hoffnung, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die beiden großen sozialistischen Arbeiterparteien auch auf politischem Gebiet ihre Wiedervereinigung der Welt verkünden können.

Hugo v. Lerchenfeld — bayerischer Ministerpräsident

München, 21. September. Der Landtag hat heute die Wahl des Ministerpräsidenten vollzogen. Zum Ministerpräsidenten wurde mit 86 Stimmen Graf Hugo v. Lerchenfeld gewählt. **39 Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei waren unbeschrieben. 20 Stimmzettel der Bayerischen Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei lauteten auf Herrn v. Kahr. Graf Hugo v. Lerchenfeld nahm die Wahl an.**

Pöhners Ende?

Die drei bayerischen Koalitionsparteien werden im Landtage voraussichtlich einen Antrag einbringen, in dem die Entfernung des Münchner Polizeipräsidenten **Pöhner von seinem Posten gefordert wird.**

Graf Lerchenfeld will verhandeln!

Berlin, 22. September. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, hat der neue bayerische Ministerpräsident auch bereits die Absicht geäußert, persönlich die Verhandlungen mit der Reichsregierung zu einem guten Ende zu bringen. Er wird zu diesem Zweck bereits Sonnabend in Berlin eintreffen.

Die Oppauer Katastrophe

Die Meldungen über das Explosionsunglück in Oppau bei Ludwigshafen, die bisher vorliegen, zeigen durchweg noch das Entsetzen aller, die in der Nähe der Unfallstelle weilten, über den ungeheuren Umfang der Katastrophe. Noch jetzt fällt es schwer, sich über die Zahl der Toten und Verletzten und über den angerichteten wirtschaftlichen Schaden auch nur ein annähernd zutreffendes Bild zu machen. Eines aber steht fest: Die Zahl der **Opfer der Arbeit**, die hier dahingerafft wurden, **geht in die Hunderte**, die Zahl der Verletzten überschreitet die Tausend. Ueber weite Entfernungen hin erstreckt sich der Sachschaden, der durch die ungeheuren Detonationen, durch die Erschütterungen der Erde und der Luft herbeigeführt wurde. Ob Lässigkeit oder ob ein unvermeidlicher Zufall die Katastrophe herbeigeführt haben, wird sich wohl niemals entscheiden lassen. Gleichwohl ist eine strenge Untersuchung der Angelegenheit Pflicht gegen die gesamte Arbeiterschaft, die in diesen und ähnlichen Werkstätten täglich der Gefahr von Unfällen ausgesetzt ist. Es ist auch Pflicht gegen die Angehörigen der Opfer, denen das Unheil den Ernährer geraubt und das Dach über dem Kopfe zerstört hat.

Der Anilinkonzern, dem die fünf größten Anilin- und Farbwerke Deutschlands angehören, hat unter Führung der Badischen Anilin- und Sodafabrik im Jahre 1914 die Stickstoffproduktion in großem Umfange aufgenommen. Es galt damals, den für die Kriegführung unentbehrlichen Salpeter zu ersetzen, der bisher aus dem Ausland eingeführt worden war, nach der Blockade nicht mehr eingeführt werden konnte, und der zur Herstellung von Munition unentbehrlich war. Im Laufe des Krieges und später stellte man sich mehr auf die Fabrikation von Stickstoffdüngemitteln für die Landwirtschaft um. War doch durch den Fortschritt der Technik die Herstellung dieses bisher immer als Chilisalpeter eingeführten Düngers möglich geworden. Der Ausbau der deutschen Herstellung von Stickstoffdüngemitteln machte die deutsche Landwirtschaft von dem Auslandsbezug in hohem Grade unabhängig, ersparte dadurch einen nicht unbeträchtlichen Betrag der Devisen, die mit dem Rückgang der Mark im Preise gestiegen waren, und trug dadurch wesentlich zur Gesundung der deutschen Wirtschaft bei. Auf diesem Wege, der volkswirtschaftlich den größten Nutzen versprach, ist Deutschland nun ein gutes Stück zurückgeworfen.

Die große volkswirtschaftliche Bedeutung der heimischen Stickstoffproduktion war es, die seinerzeit den Genossen **Otto Braun** veranlaßte, die Sozialisierung dieser Industrie vorzuschlagen. Der Plan ist damals am **Widerstand des Reichsernährungsministers** gescheitert.

Die Frankfurter Abendblätter bringen spaltenlange

Berichte von Augenzeugen

über das grauenvolle Unglück in **Oppau**. Nach dem Generalanzeiger ereignete sich im Bau 37 und 38 eine Explosion eines Gaskompressors unter Bildung einer ungeheuren Stichflamme. Bald darauf erfolgte eine zweite Explosion. Die Arbeiter, die gerade in die Fabrik einfuhren, erlitten fast alle Verletzungen. In Massen strömten die Arbeiter aus der Fabrik, größtenteils blutüberströmt. Im Oppauer Werk liegen Hunderte von verletzten Arbeitern. In Oppau wurden fast sämtliche Häuser abgedeckt oder zum Einsturz gebracht. Ueber der Anilinfabrik liegt ein Dunst von giftigen Gasen.

Nach einer andern Darstellung erfolgte die Explosion im Bau 51. Ein Teil der Arbeiter befand sich gerade im **Bade** und floh splitternackt. Der zweite einfahrende **Arbeiterzug** wurde **schwer beschädigt**. Ein anderer Augenzeuge sagt aus, daß, als es nach der Explosion wieder hell wurde, der große Bau brannte und die übrigen Bauten einen Trümmerhaufen bildeten. Zur verhängnisvollen Stunde sollen im Oppauer Werk 820 Arbeiter beschäftigt gewesen sein, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist.

Nach einer andern Meldung ereignete sich die Explosion im Laboratorium 53. Der größte Teil der Mitfahrenden dieses Augenzeugen trug wie er schwere Verletzungen davon. Wo noch vor wenigen Minuten stattliche Häuser standen, ist jetzt ein wüstes **Trümmerfeld**. Die um die Fabrikanlagen liegenden **Arbeiterwohnhäuser sind vollkommen zerstört**. Nach dem Bericht eines weiteren Arbeiters arbeiteten von der Nachtschicht noch etwa 800 Mann, wovon, wie er meint, wohl keiner lebend davongekommen sein mag. Die Befürchtung einer neuen Explosion dürfte nach einer Mitteilung der Direktion der Anilinfabrik der Begründung entbehren.

Die Ursache

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken teilt zu der Explosionskatastrophe folgendes mit: Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die Oppauer Explosion in einem Silo stattgefunden hat, in dem 4000 Tonnen Ammon-Sulphan-Salpeter lagerten. Bevor zur Einlagerung dieses Produktes geschritten wurde, war dasselbe sowohl in der Anilinfabrik als auch anderwärts eingehend untersucht und keinerlei explosive Eigenschaften festgestellt worden, so daß man eine Explosionsgefahr für vollkommen ausgeschlossen hielt. Ueber die näheren Umstände der Entstehung der Explosion ist die Untersuchung im Gange.

In den Silos selbst waren nach Mitteilung der Geschäftsleitung nur **70 Leute** beschäftigt. Die Panik, die nach der Explosion entstand, hat die größte Zahl der Opfer gefordert.

Ueber die

Wirkung der Explosion

schreibt die Tribüne, daß in den Lagerspeichern am Güterbahnhof eiserne Türen eingedrückt und teilweise das Mauer zusammengedrückt wurden. Auch in Ludwigshafen und Mannheim wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. In dem neuen **Bergwerk kamen einige hundert Arbeiter dadurch zu Schaden**, daß das Versagen der Maschinen durch die Erschütterung der Explosion auf die Arbeiter stürzte.

In **Ludwigshafen** und **Mannheim** ist ein Millionenschaden an zertrümmerten Fensterscheiben entstanden. Das Trümmerfeld ist abgesperrt. Ludwigshafen gleicht einem ungeheuren Verbandplatz. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. In Ludwigshafen ruht jeglicher Verkehr. Die Straßenbahn kann nicht mehr fahren. Auch die elektrischen Leitungen, Licht- und Kraftanlagen sind gestört. Die Zahl der **Verwundeten geht in die Tausende**. Zu den Toten, die im Werke selbst der Explosion zum Opfer fielen, kommen die Toten und Verletzten, die durch Einsturz von Häusern oder durch die Splitter getötet und verletzt wurden.

In **Darmstadt** erfolgte gegen 7½ Uhr ein donnerartiger Schlag, durch den zahlreiche Erker und Fensterscheiben sowie Oberlichter zerstört wurden. Die Zerstörungen wurden verursacht durch die Explosion des Oppauer Werks.

Verwüstungen in Mannheim

Mannheim, 21. September. Bei den Firmen **Benz und Söhringer** wurde schwerer Gebäudeschaden verursacht. Die Maschinenfabrik von **Lange & Belitz** [illegible] des Industriehafengebiets ist teils schwer beschädigt, teils zertrümmert worden. Aus Ludwigshafen kommen beunruhigende Nachrichten.

Bei der Firma **Landauer** in der Friesenheimer Straße am Industriehafen wurden zwei erst vor kurzem bezogene Hallen durch den Luftdruck schwer beschädigt, so daß sie in sich zusammenstürzten. **Drei Arbeiter wurden getötet und 14 erlitten** mehr oder minder schwere **Verletzungen**. Sie mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Betrieb wurde eingestellt. Bei der Firma **Roth** gab es einen großen Gebäudeschaden. Ein Lagerschuppen wurde vernichtet. Sieben Personen der Firma wurden verletzt und mußten ins Spital gebracht werden.

Die Bestandteile des einen **Gasometers** sind **wie zerfetztes Papier** auf die Straße geflogen. Die meisten Opfer hat es in der Gegend des neuen Viertels in der Anlage des Werkes gegeben. Nach Berichten von Augenzeugen haben dort **die Toten buchstäblich in Haufen gelegen**. Die ganze Luft ist von Ammoniakgasen erfüllt. Am Hauptherd der Explosion kann nur mit **Gasmasken gearbeitet werden.**

An der Unglücksstätte

Frankfurt a. M., 22. September. Ein Mitarbeiter des Frankfurter Generalanzeigers, der an der Unglücksstelle weilte, berichtet seinem Blatte folgendes: Meterdicke Betonpfeiler sind vollständig zu Staub zermalmt. Der südliche Teil der Fabrik bildet einen Trümmerhaufen. Ueber die Zahl der Toten kann man bis jetzt noch kein genaues Urteil abgeben, da das Trümmerfeld noch lange nicht abgesucht ist. Offenbar ist die Explosion in dem Bau Nr. 51 entstanden, in dessen Kellerräumen große Vorräte von Ammoniak lagerten. Wie heftig die Explosion war, ergibt sich daraus, daß dieser Bau vollständig vom Erdboden verschwunden ist. Es ist ein Explosionstrichter entstanden, der etwa 70 Meter in die Länge und 10 Meter in die Breite mißt. Auf dem Fabrikgrundstück befanden sich auch neun Gasometer, von denen der eine nicht weniger als 30 000 Kubikmeter Gas enthielt. Diese neun Gasometer sind ebenfalls vollständig vom Erdboden verschwunden. Auf der Unfallstelle spielten sich erschütternde Szenen ab. Nach den bisherigen Ermittlungen kann man annehmen, daß die Zahl der Toten annähernd 800 beträgt.

Die Bergung der Opfer

Zur Explosionskatastrophe werden von den Blättern noch eine Reihe von Einzelheiten berichtet. Der Explosionsherd bildet einen Trichter von 100 Meter Durchmesser und 30 Meter Tiefe. Bis zum Nachmittag wurden **300 Leichen** geborgen. Der Explosionsherd, das Dorf **Oppau**, das 6500 Einwohner zählt, ist so gut wie vernichtet. Die Bewohner sind unter den eingestürzten Häusern begraben, hauptsächlich Kinder, die noch in ihren Betten lagen. Die überlebenden Familien kampieren auf dem Felde. Die auf dem Felde arbeitenden Leute wurden weit fortgeschleudert. Zentnerschwere Eisenstücke sind Hunderte von Meter fortgeflogen. Die in der Nähe des Unglücksortes auf dem Rhein liegenden Schiffe wurden schwer beschädigt. Auf zehn auf dem Rhein liegenden französischen Fremdenbooten wurden viele Soldaten verwundet. Das in der Anilinfabrik befindliche französische Wachkommando ist ein Opfer der Explosion geworden. Sämtliche Uhren in Ludwigshafen sind gleichzeitig um 7.31 Uhr stehen geblieben. Das ist also der Augenblick der Explosion.

Die Stadt **Frankfurt** leitete auf Veranlassung des Oberbürgermeisters mit Hilfe des Roten Kreuzes sofort eine **Rettungsaktion** in die Wege. Es wurde eine Anzahl Krankenautos mit voller Besatzung, mit 14 Aerzten und mit einer entsprechenden Menge von Verband- und sonstigem Hilfsmaterial nach Ludwigshafen abgesandt. Weitere ärztliche Hilfskräfte sollen folgen.

Die Technische Nothilfe verboten!

Frankfurt a. M., 22. September. Die Ortsgruppen Frankfurt a. Main, Darmstadt und Mannheim der **Technischen Nothilfe** hatten sofort nach Bekanntwerden des Unglücks in Oppau ihre Nothelfermannschaften **zur Hilfeleistung** entsandt. Die **Besatzungsbehörde** hat aber ein Eingreifen der Organisation als eine im besetzten Gebiet verbotene Organisation **abgelehnt**.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210922/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG